Landkreis **Vorpommern-Rügen**

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung

Niederschrift über
die 5. Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,Tourismus und Digitalisierung am 7. September 2020

Sitzungsraum: Raum 126/127 der Kreisverwaltung, Carl-Heydemann-Ring 67 in 18437 Stralsund
Sitzungsdauer: 17:00 – 18:15 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender
Herr Maximilian Schwarz

Ausschussmitglieder
Herr Uwe Ahlers
Herr Ernst Branse
Herr Uwe Dalski
Herr Marco Jahns
Frau Dr. Carmen Kannengießer
Herr Albrecht Kiefer
Herr Holger Kliewe
Frau Maria Quintana Schmidt
Frau Dr. Doris Schmutzer
Herr Daniel Schossow
Herr Marco Schröder
Frau Anita Zimmermann

Stellvertreter/-in
Herr Stefan Giese — für Herrn Laars

Von der Verwaltung
Frau Franziska Behm
Herr Ralph Langkammer
Herr Dietmar Schubotz
Herr Frank Stallbaum

Es fehlen:

Ausschussmitglieder
Herr Jörg Burwitz
Herr Philipp Laars — entschuldigt

Tagesordnung

- Öffentlicher Teil -

1.	Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit	
2.	Einwohnerfragestunde	
3.	Bestätigung der Tagesordnung	
4.	Bestätigung der Niederschrift vom 22. Juni 2020	
5.	Beratung zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1	
6.	Projektabschlussbericht "IT-Kooperation"	I/3/0008
7.	Beteiligungsbericht 2019	I/3/0009
8.	Diskussion zur Parkplatzsituation an der Schaabe auf der Insel Rügen	
9.	Anfragen	
10.	Mitteilungen	

- Nichtöffentlicher Teil -

11.	Information zum Rundweg am Borgwallsee	

Sitzungsergebnis

- Im öffentlichen Teil -

1. Eröffnung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schwarz als Vorsitzender des Ausschusses eröffnet die 5. Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss mit 13 von 15 Mitgliedern beschlussfähig ist.

2. Einwohnerfragestunde

Anfragen werden keine gestellt.

3. Bestätigung der Tagesordnung

Herr Kiefer erklärt, dass ihm die Punkte Wirtschaftsförderung und IT-Kooperation auf der Tagesordnung fehlen würden.

Herr Schwarz erklärt, dass am 21. September 2020 bzgl. des Punktes Wirtschaftsförderung eine Sondersitzung des Wirtschaftsausschusses stattfinden werde, an der auch der Berater Herr Dr. Tappe von der Agiplan GmbH teilnehme. Die Sitzung finde im Anschluss an die Kreisausschusssitzung gemeinsam mit dem Landrat um 19:30 Uhr statt. Zur IT-Kooperation führt **Herr Schwarz** aus, dass auf der heutigen Tagesordnung eine Informationsvorlage zur IT-Kooperation (TOP 6) sei und hierzu Herr Stallbaum aus der Verwaltung für nähere Ausführungen anwesend sei.

Herr Schwarz bittet im Auftrag von Herrn Kliewe um die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes bzgl. der Parksituation an der Schaabe. Hierzu sei ein Austausch erforderlich.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gibt es nicht.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung bestätigt einstimmig die Tagesordnung über die 5. Sitzung unter Berücksichtigung der vorstehenden Änderung.

4. Bestätigung der Niederschrift vom 22. Juni 2020

Hinweise oder Anmerkungen zur Niederschrift gibt es nicht.

Der Ausschuss bestätigt einstimmig bei drei Enthaltungen die Niederschrift über die 4. Sitzung vom 22. Juni 2020.

Herr Kliewe erscheint zur Sitzung.

5. Beratung zum Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1

Herr Schwarz erklärt, dass der Kreistag in diesem Jahr eine S-Bahn Linie von Rostock über Ribnitz-Damgarten West beschlossen habe und ggf. die Verlängerung bis nach Stralsund. Der Landrat sei beauftragt worden, sich an das Verkehrsministerium zu wenden. Die Antwort des Ministeriums liege allen Mitgliedern vor. Eine solche Verbindung könne es aufgrund der jetzigen Taktung des Regionalverkehrs und des Güterverkehrs nicht geben. Eine Erhöhung der Taktung sei nur durch einen zweigleisigen Ausbau der Strecke möglich. **Herr Schwarz** eröffnet die Diskussion damit, dass man sich für das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1 einsetzen sollte.

Herr Schossow regt an, bezüglich der Taktung in Erfahrung zu bringen, ob Vergleichszahlen vorliegen. Hinsichtlich des Güterverkehrs fragt er, wie sich das Land positioniere und ob das Land es in fünf bis zehn Jahren genauso sehe, dass das Güterverkehrsaufkommen noch so hoch sei.

Herr Schwarz erklärt, dass bezüglich Sassnitz/Mukran Gespräche zwischen der Bahn und anderen Unternehmen unterstützt vom FD Wirtschaftsförderung geführt werden.

Herr Langkammer sagt, dass das Projekt seiner Zeit abgelehnt worden sei, da es volkswirtschaftlich nicht tragbar gewesen sei. Das Projekt müsse jetzt neu begutachtet und die volkswirtschaftliche Bedeutung dargestellt werden. Bei der Bundesregierung sehe er hier Handlungsbedarf.

Herr Branse fragt, ob der Pendelverkehr Ribnitz – Rostock zum Zuständigkeitsbereich des Landkreises gehöre.

Herr Langkammer entgegnet, dass für den Bahnverkehr immer das Land zuständig sei.

Frau Dr. Kannengießer sagt, dass laut des Verkehrsministers immer mehr auf die Schiene gelegt werden solle. Wenn man bedenke, welche Kapazitäten der Hafen Sassnitz/Mukran habe, sei es sehr schade, wenn diese nicht genutzt würden. Dies müsse im Rahmen der Verkehrskonzepte mitbedacht werden. Die Bundesregierung sei hier gefragt.

Herr Jahns erklärt, dass es gut zu überlegen sei, ein zweites Gleisbett zu bauen. Wenn der Hafen in Sassnitz/Mukran in den nächsten Jahren mehr Erfolg habe, sei es enorm wichtig, dass die notwendige Infrastruktur vorhanden sei.

Herr Schwarz schlägt vor, auf der nächsten Sitzung des Kreistages die Empfehlung aus dem Ausschuss herauszugeben, dass das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1 angegangen und umgesetzt werden solle.

Herr Dalski sagt, dass der große Vorteil in Sassnitz/Mukran die Breitspur sei.

Herr Ahlers erklärt, dass eine wesentliche Infrastrukturmaßnahme zugunsten Sassnitz/Mukran mit dem Streckenausbau Ralswiek – Strüssendorf endlich geschaffen worden sei. Dies solle als positives Argument genutzt werden, um für diese Strecke Werbung zu machen.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung, dass der Ausschuss an den Kreistag eine Empfehlung ausspreche, das Verkehrsprojekt Deutsche Einheit Nr. 1 anzugehen und umzusetzen.

Der Ausschuss stimmt dem einstimmig zu.

6. Projektabschlussbericht "IT-Kooperation" Vorlage: I/3/0008

Herr Stallbaum fasst die Inhalte der Informationsvorlage zusammen.

Herr Kiefer sagt, dass er es gut finde, dass das Projekt aufgesetzt worden sei. Er verweist auf das E-Government-Gesetz M-V, in dem stehe, dass bis 2022 alle Verwaltungsvorgänge digital angeboten werden sollen. Dies sei eine riese Herausforderung. **Herr Kiefer** kritisiert, dass das Projekt nicht ergebnisoffen aufgesetzt worden sei, sondern ein sehr großes Bemühen da gewesen sei, die Partner Hansestadt Stralsund, die SWS und den Landkreis Vorpommern-Rügen unter einen Hut zu bringen.
Mit dem Ergebnis, den Weg der produktorientierten Kooperation zu gehen und man Mitglied im eGo-MV (Elektronische Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern) werde, könne er leben. Weiter fragt **Herr Kiefer**, warum man nicht gleich in die IKT Ost eintrete, wenn man wisse, dass das Leistungsvolumen von eGo- M-V nicht alles abdecke.

Herr Stallbaum erklärt, dass der Landkreis durch den Eintritt in die eGo- M-V die Möglichkeit habe, vergabefrei sowohl bei der IKT als auch bei der SWS einzukaufen. Der Beitritt zum Zweckverband sei letztlich der Universalschlüssel, um ein relativ großes Produktportfolio relativ verwaltungsarm anzapfen zu können.

Herr Jahns sagt, dass er den Eintritt in größere Verbände sinnvoll finde.

Herr Schröder fragt, ob man sich in der Projektierung neben M-V auch auf andere Bundesländer bezogen habe.

Herr Stallbaum führt aus, dass man schnell gemerkt habe, je ferner die Dienstleister sind, desto stärker seien diese auf örtliche Betriebspartner angewiesen. Die SWS sehe sich als örtlicher Betriebspartner an, da IT nicht immer aus der Ferne realisiert werden könne. Die SWS greife dabei auf Produkte zurück, die letztlich in der Anwendung schon auf dem Markt existieren.

Herr Kiefer fragt, wie es jetzt weitergehe und ob der Ausschuss über die nächsten Schritte informiert werde.

Herr Stallbaum antwortet, dass es allein aus dem Projekt heraus so weitergehen solle, dass die SWS ein Produkt erarbeite und dem Landkreis anbiete. Wie eng die Abstimmung der Schul-IT mit dem Fachdienst Gebäudemanagement/Schulen sei, wisse er nicht. Er erwarte ein nutzbares Produkt, welches auch dem Landkreis zur Verfügung gestellt werde.

Herr Schwarz bedankt sich bei Herrn Stallbaum für die Ausführungen.

Herr Stallbaum verlässt den Sitzungsraum.

7. Beteiligungsbericht 2019 Vorlage: I/3/0009

Herr Schubotz gibt einen Einblick in den Beteiligungsbericht 2018. Dieser beinhalte die rechtlichen, wirtschaftlichen und steuerrechtlichen Verhältnisse zum Stichtag 31. Dezember 2018. Grundlagen würden die geprüften und testierten Jahresabschlüsse der Beteiligungen für das Wirtschaftsjahr 2018 sein. Er erklärt, dass dieser Bericht nach der KV M-V zu erstellen sei und bis zum 30. September des Folgejahres dem Kreistag und der Rechtsaufsichtsbehörde vorzulegen sei.

Herr Ahlers regt an, für den Beteiligungsbericht als Grundlage nicht die Kommunalverfassung, sondern die Vorschriften für einen Konzernabschluss heranzuziehen.

Weiterer Redebedarf besteht nicht.

Herr Schwarz bedankt sich bei Herrn Schubotz für die Ausführungen.

8. Diskussion zur Parkplatzsituation an der Schaabe auf der Insel Rügen

Herr Kliewe berichtet, dass heute in der Zeitung ein Artikel über die Parkplatzsituation an der Schaabe auf der Insel Rügen gewesen sei. Das Amt Nord-Rügen wolle dort nun mit den Mitarbeiter/innen des Ordnungsamtes durchgreifen, da am Straßenrand dieser Landesstraße nicht geparkt werden dürfe. Bislang sei dies geduldet worden. Wenn es nicht mehr geduldet werde, habe man spätestens ab Pfingsten nächsten Jahres ein Problem, da an Spitzentagen um die 1500 Parkplätze fehlen würden, die bislang am Straßenrand gestanden haben. Die fünf kleinen Parkplätze seien für etwa 500 Stellplätze ausgelegt. Ein Ausbau der fünf Parkplatzstandorte sei unbedingt notwendig. Daher müsse in diesem Jahr noch eine Lösung her. Herr Kliewe regt an, dass der Wirtschaftsausschuss dies federführend begleite, um im Interesse des Tourismus und der Einheimischen eine Lösung zu finden.

Herr Ahlers sagt, dass Grundstückseigentümer das Land zu sein scheint, vertreten durch die Landesforst. Diese verpachten die fünf Parkplätze an Private und ziehen das Geld daraus, investieren jedoch keinen Cent in die Herrichtung der Parkplätze. Er halte es für wichtig, insbesondere als Thema für den Kreistag, dass der Landkreis als Moderator die beiden Gemeinden sowie die Landesforst an einen Tisch zu holen und eine Lösung gefunden werde.

Frau Dr. Kannengießer führt aus, dass es auf der Strecke Prora – Mukran eine ähnliche Situation gebe. Sie habe festgestellt, dass die Preise an den vorhandenen Parkplätzen sehr moderat seien und trotzdessen viele Leute diese Preise nicht zahlen

und am Straßenrand parken würden. Vor dem Hintergrund fragt sie, wie man erreichen wolle, dass die vorhandenen Parkplätze zunächst einmal ausgelastet werden.

Herr Ahlers sagt, dass man ohne Verbote nichts erreichen werde. Als Einstieg schlägt er vor, dass in Prora und an der Schaabe ein einseitiges Halteverbot ausgesprochen werden müsse und mit entsprechenden Kennzeichen beschildert werde. Dies sollte mit der Ordnungsbehörde mal besprochen werden.

Herr Dalski bestätigt die Ausführungen zur Strecke Prora/Mukran. Aufgrund bestehender Gesetze werde es nicht einfach werden, aber machbar.

Herr Kliewe führt zu den Ausführungen von Frau Dr. Kannengießer aus, dass an manchen Tagen sicherlich noch Parkplätze frei seien. An Spitzentagen seien an der Schaabe jedoch insgesamt 2000 Parkplätze notwendig. Ein Ausbau der vorhandenen Parkfläche bedeute mitunter, dass man sich von Wald verabschieden müsse.

Herr Schossow sagt, dass man das Problem nur direkt gelöst bekomme und die Gemeinden Unterstützung erhalten müssten.

Herr Schröder begrüße den Ausbau der Parkplätze. Grundsätzlich bestehe ein Parkverbot an Bundes- und Landesstraßen, es seien jedoch vielmehr Kontrollen notwendig.

Herr Schwarz sagt, dass die CDU-Fraktion ein entsprechenden Antrag für den Kreistag am 12. Oktober einreiche mit der Formulierung, dass sich der Landrat dafür einsetze, Gespräche zwischen der Landesforst, den zuständigen Gemeinden und dem Landwirtschaftsministerium sowie dem Verkehrsministerium zu führen.

Herr Schwarz bittet um Abstimmung.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Digitalisierung stimmt dem Vorschlag von Herrn Schwarz einstimmig zu.

9. Anfragen

Frau Dr. Kannengießer sagt, dass sie in der Ostsee-Zeitung einen Artikel gelesen habe, dass auf Mönchgut auf der Insel Rügen mehrere Radwege vorgeschlagen worden seien zu bauen und fragt, wie sich das zu der Prioritätenliste des Landkreises verhalte.

Herr Kliewe erklärt, dass bzgl. der Radwege des Landkreises und Kommune zu unterscheiden sei. Das Land baue Radwege an den Bundes- oder Landesstraßen. Hingegen würden die Kommunen bauen was sie wollen. Das Amt Mönchgut-Granitz baue bspw. gemeindeübergreifend als Amt die Radwege und unabhängig davon, was der Landkreis oder das Land beschließe. In der Regel holen sich diese dann die Fördermittel dann über Tourismusförderung. Der Radwegetopf des Verkehrsministeriums sei für straßenbegleitende Radwege bestimmt und nicht für touristische Radwege.

Herr Schwarz ergänzt, dass der Radwegebeauftragte am 1. September 2020 seine Tätigkeit beim Landkreis aufgenommen habe und sich zunächst beim Mobilitätsausschuss auf der Sitzung im Oktober vorstellen werde.

Herr Kiefer fragt, wo die Prioritätenliste festgelegt werde.
Herr Schwarz erklärt, dass zunächst im Ausschuss darüber debattiert werde und

abschließend der Kreistag entscheide.

Herr Kiefer fragt, wann mit der nächsten Aktualisierung zu rechnen sei. Die letzte sei 2018 gewesen.

Herr Langkammer merkt an, dass in der hier angesprochenen Prioritätenliste überwiegend die benannt sind, die in der Zuständigkeit des Straßenbauamtes liegen.

Herr Ahlers bittet darum, dass der Wirtschaftsausschuss auf seiner nächsten Sitzung im November einen Zwischenbericht zum aktuellen Stand der Prioritätenliste erhalte, aus dem hervorgehe, was bereits abgearbeitet sei bzw. sich noch in Erarbeitung befinde.

Herr Schwarz sagt, dass das Thema für die nächste Sitzung im November berücksichtigt werde.

Weitere Anfragen werden nicht gestellt.

10. Mitteilungen

Mitteilungen gibt es keine.

Herr Schwarz schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und eröffnet den nichtöffentlichen Teil der Sitzung.

28.09.2020 gez. Maximilian Schwarz	28.09.2020 gez. Franziska Behm
_____	_____
Datum, Unterschrift	Datum, Unterschrift
Maximilian Schwarz	Franziska Behm
Ausschussvorsitzender	Protokollführerin